



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Dienstag, 16. Oktober 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Oktober 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Förderverträge für Kultureinrichtungen

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Im Juni 2017 wurden die Förderverträge für Kultureinrichtungen für die Jahre 2017/18 beschlossen. Jetzt, kurz vor ihrem Auslaufen, sind die Kultureinrichtungen längst dabei, Programme für die folgenden Jahre zu erstellen. Das ist allerdings sehr schwierig, da sie bis heute keine Sicherheit über die Höhe und Dauer ihrer Förderungen ab Jänner 2019 haben.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage

Wann werden die Förderverträge für die Grazer Kultureinrichtungen aufgesetzt und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobmann Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 16. Oktober 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Oktober 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Kosten für die Bewerbung der Stadt Graz als Host City für Olympia 2026

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

gut drei Monate sind vergangen, dass die Olympia-Träume der schwarz-blauen Rathauskoalition geplatzt sind. Nun ist es auch an der Zeit, Bilanz über die Kosten für die Stadt Graz zu ziehen.

Im März 2018 wurde die "Graz Winterspiele 2026 GmbH" gegründet, die Stadt Graz ist zu 70 % Anteils-Gesellschafterin. Diese Gesellschaft wurde gegründet mit dem Ziel der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Olympischen Winterspiele 2026. Erwartet wurde für die erste Phase ein Finanzbedarf von sechs bis sieben Millionen Euro bis September 2019.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

Wie hoch sind die Kosten, die für die geplante Bewerbung der Stadt Graz als Host City für die Olympischen Winterspiele 2026 bis zum heutigen Stichtag angefallen sind?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Dienstag, 16. Oktober 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 18. Oktober 2018

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: „Diabetikerpauschale“ durch Sozialamt

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Wer DiabetikerIn ist, weiß, wieviel Aufwand entsprechende Ernährung verursacht und wie hoch die Kosten dafür sind. Günstige Grundnahrungsmittel – wie Erdäpfel, Nudeln oder weißer Reis – sind tabu. Man kann sich nicht einfach beim Bäcker ums Eck oder beim Würstelstandl seines Vertrauens etwas zu essen kaufen.

Diätgerechte Speisen kosten auch erheblich mehr. Das stellt Menschen mit kleinem Einkommen oft vor große Probleme. Deshalb hat es vom Sozialamt jahrelang Beihilfen zu krankheitsbedingten Diätkosten gegeben, welche bis 2015 als gesetzliche, danach als freiwillige Leistung ausbezahlt wurden. Diese „Diabetikerpauschale“ in der Höhe von 252 Euro pro Jahr wurde an Personen, die im Rahmen der Mindestsicherung Leistungen erhalten, einmal jährlich gegen einen Nachweis – etwa einen Diabetikerpass oder ein ärztliches Attest – gewährt.

Doch heuer haben sich schon einige Grazerinnen und Grazer bei der KPÖ gemeldet, dass sie keine „Diabetikerpauschale“ mehr erhalten.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Aus welchem Grund wurde diese Beihilfe der Stadt an zuckerkrank Menschen eingestellt?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Dienstag, 16. Oktober 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Oktober 2018

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Kürzungen in der Behindertenhilfe**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

der Berichterstattung in diversen Medien war zu entnehmen, dass ein „großer Umbruch“ bei der Behindertenhilfe des Sozialamtes angedacht ist. Die Behindertenbeihilfe ist jedoch eine ganz entscheidende Leistung zur Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen und deshalb darf aus Sicht der KPÖ gerade in diesem Bereich nicht eingespart werden.

Da bislang noch keine detaillierten Informationen zu dieser Absichtserklärung bekannt wurden, hat dieser Sachverhalt schon zu Verunsicherung bei betroffenen Menschen geführt. Aus diesem Grund stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

Welche Vorhaben beabsichtigen Sie zu welchem Zeitpunkt umzusetzen, um Einsparungen bei der Behindertenhilfe zum Nachteil der betroffenen Menschen umzusetzen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Eggenberger Schlosspark**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

trotz Grünraumoffensive ist öffentlicher Grünraum in manchen Bezirken der Stadt Graz Mangelware. Der Bezirk Eggenberg, mit knapp 20.000 BewohnerInnen, ist dafür ein gutes Beispiel. Neben dem Gemeindepark Eggenberg existiert lediglich der Eggenberger Schlosspark. Dieser ist im Besitz des Landes Steiermark und ein öffentlicher Park, kann aber nur nach Bezahlen eines Eintritts betreten werden.

In Bebauungsplänen wird der Eggenberger Schlosspark als öffentliche Erholungsfläche ausgewiesen und für die Entscheidung ob ihrer Genehmigung positiv bewertet. Damit der Schlosspark aber der Bezeichnung „öffentliche Erholungsfläche“ gerecht wird, sollte seine Nutzung durch die Allgemeinheit nicht durch die Einhebung von Eintrittsgeldern beschränkt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Werden Sie sich in Gesprächen mit dem Joanneum dafür einsetzen, dass der Eggenberger Schlosspark für alle Menschen kostenlos zugänglich gemacht wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Mehr Hebammen für Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Graz ist eine wachsende Stadt. Dies zeigt sich auch an den ständig zunehmenden Geburtenzahlen. Einerseits wünschen sich immer mehr Frauen eine selbstverständlich optimale medizinische Versorgung durch Geburtshilfe im öffentlichen Spital. Zugleich steigen aber auch das Interesse und der Bedarf an ambulanten Entbindungen. Die Frau entbindet, geht – wenn sie keine gesundheitlichen Beschwerden hat - aber nach einigen Stunden nach Hause. Voraussetzung für Letzteres ist die Nachbetreuung durch eine Hebamme.

Leider gibt es derzeit zu wenige Hebammen in Graz. Zwar wurde zuletzt die Anzahl der Kassenplanstellen erhöht, jedoch ist eine der ausgeschriebenen GKK-Stellen trotz geringfügiger Erhöhung des Kassentarifs seit Juni vakant. Und selbst eine Wahlhebamme müssen werdende Eltern in Graz sehr lange suchen.

Die FH Joanneum bietet alle zwei Jahre einen Hebammenlehrgang an. Jeweils 20 Schülerinnen werden aufgenommen. An Bewerberinnen mangelt es aber keinesfalls. Laut Auskunft der FH waren es heuer 327. Um genügend Hebammen bereitzustellen, wäre zumindest ein **alljährlich** – nicht wie bislang nur alle zwei Jahre – stattfindender Lehrgang zur Ausbildung von Hebammen erforderlich.

Ziel muss es sein, dass jede Mutter sich auf die Geburt ihres Kindes freuen kann, ohne sich Sorgen darum machen zu müssen, ob am Tag X wohl eine Hebamme für sie da sein wird, egal, ob sie stationär oder ambulant entbindet.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, mit der Geschäftsführung der FH Joanneum Gespräche aufzunehmen, um zu erreichen, dass der Hebammenlehrgang künftig alljährlich und nicht nur alle zwei Jahre beginnt?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Schleifbach**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

noch im Sommer 2017 titelte die Graz ÖVP-Bezirkszeitung Lend „Im Herbst 2017 fließt wieder Wasser durch den Schleifbach [...]das Bachbett wird nach Fertigstellung der Rohrverlegung und nach ökologischer Ausformung wieder geflutet; wir schätzen den Zeitpunkt Ende September ein [...]“. Die dicke Verrohrung ist Teil der Triebwasserzuleitung für das am Schleifbach errichtete Kleinkraftwerk. Schleifbach und Kleinkraftwerk „gehören“ dem in Graz situierten „Älteren Mühlenconsortium“. Wir schreiben aktuell Herbst 2018 und der idyllische Schleifbach ist alles – nur kein Bach! Für viele Bewohner in Lend bleibt dies Ärgernis. Statt des ersehnten kleinen, feinen, schön renaturierten Fließgewässers häuft sich dort Müll und die Baustelle ist ebenso kein schöner Anblick. So wie es aussieht, droht sich der Wunsch der Bevölkerung weiter zu verzögern. Es gab zwischenzeitlich gute Gespräche zwischen dem Bezirksrat Lend und dem „Älteren Mühlenconsortium“, in letzter Zeit ist aber leider niemand mehr erreichbar.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen,

- 1) dass rasch mit den Verantwortlichen des „Älteren Mühlenconsortiums“ Gespräche aufgenommen werden, um sicherzustellen, dass die versprochene (Wieder)flutung des Schleifbachs bald erfolgt.**
- 2) dass die Grünbereiche rund um den Schleifbach von der Stadt Graz gepflegt und gewartet werden.**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Antrag

Betrifft: Freie Durchgänge und Servitutsrechte erhalten

Immer wieder werden in unserer Stadt Straßenabschnitte, die seit Jahrzehnten von den Grazerinnen und Grazern als Spazier- und Wanderwege genutzt werden, durch Schranken bzw. Verbotstafeln für die breite Bevölkerung gesperrt.

Im Bezirk Mariatrost z. B. wurden am Rosenschlößlweg an beiden Enden der Straßen Schilder aufgestellt, die das Gehen und Fahren für Passanten verbieten. Ein Schranken in der Mitte des Straßenverlaufs unterstreicht dies noch.

Ähnliches gilt für den obersten Verlauf der Mariagrünerstraße (Anschluss zum Oberen Plattenweg): Zwei Schilder, die die „Benutzung nur für Berechtigte“ zu erlauben scheinen, führen zu einer starken Verunsicherung derjenigen, die seit vielen Jahren gewohnt sind, diese Stellen zu passieren. Da mein diesbezüglicher Antrag aus dem Jahr 2016 bis heute weder beantwortet noch erledigt wurde, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs noch einmal folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den freien Durchgang und die allgemeine Benützung für die beiden oben genannten Straßenabschnitte zu erwirken.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Antrag

Betrifft: Verdoppelung des Bezirksratsbudgets

Seit acht Jahren wurden die Bezirksratsbudgets nicht mehr erhöht. Gerade einmal 70 Cent pro BezirksbewohnerIn laut Zentralem Melderegister (ZMR) und Jahr wendet die Stadt Graz derzeit dafür auf. Für das Jahr 2018 wurden dafür etwa 200.000,- Euro veranschlagt.

Demokratisch, unbürokratisch und zeitnah vergeben die Vertretungen der 17 Grazer Stadtbezirke Förderungen an Projekte, die in den einzelnen Stadtteilen Wichtiges leisten. Darum wäre es notwendig, sie auch mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Gerade die BezirksrätInnen vor Ort wissen, an welchen Kleinigkeiten es oft hakt und könnten so das Leben der Bevölkerung unkompliziert erleichtern. Des Weiteren würde eine Erhöhung des Bezirksratsbudgets zu einer bürokratischen Entlastung des Gemeinderats und des Stadtsenats führen, da zahlreiche kleine Projekte, Anfragen und Initiativen nicht mehr von den betreffenden Organen der Stadt Graz behandelt werden müssten.

Eine Verdoppelung des Bezirksbudgets durch die Stadt Graz von 70 Cent auf € 1,40 pro EinwohnerIn würde rund € 200.000,- an jährlichen Mehrausgaben ausmachen. Die zusätzlichen Mittel zur Erhöhung der Bezirksbudgets könnten aus einer aliquoten Reduzierung der auf die einzelnen im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien entfallenden Parteiförderungsgelder aufgebracht werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Es wird ersucht, bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 2019 eine Verdoppelung des Bezirksratsbudgets – von 0,70 Cent auf 1,40 Euro pro Einwohner/in und Jahr – zu berücksichtigen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Antrag

Betrifft: Statistische Daten betreffend Wohnungs- und Gebäudebestände

Vor kurzen hat das „Forum Wohnpolitik“ eine wissenschaftliche Studie über den „Wohnungsbestand in Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck und die Frage: Verfügt die österreichische Wohnungspolitik über ausreichend faktische Grundlagen“ veröffentlicht.

<http://forumwohnbaupolitik.at/barbara-ruhsman-ueber-den-wohnungsbestand-in-graz-linz-salzburg-und-innsbruck-und-die-frage-verfuegt-die-oesterreichische-wohnungspolitik-ueber-ausreichend-faktische-grundlagen/>

Kern der Studie ist die Erhebung statistischer Daten bezüglich der Wohnungs- und Gebäudesituation in den zuvor genannten Städten. Die Autorin hält in Ihrer Studie fest: „(...) *als einzige der vier untersuchten Landeshauptstädte scheinen weder auf der Website der Stadt Graz statistische Daten zum Wohnungs- und Gebäudebestand auf, noch kann die Präsidialabteilung der Stadt Auskunft über den Bestand geben.*“ (Ruhsman: S. 5). Auch der „Wohnungsbericht der Stadt Graz“ konnte keinen Aufschluss geben.

Inbesondere wären folgende statistische Kennzahlen von Interesse:

- Anteil der geförderten Mietwohnungen in der Stadt Graz
- Anteil privater Mietverhältnisse nach Richtwertmietzins und freiem Mietzins
- Anzahl der Hauptwohnsitze im Haus- bzw. Wohnungseigentum

Da wir der Meinung sind, dass die zweitgrößte Stadt Österreichs über den Wohnungs- und Hausbestand Bescheid wissen soll bzw. seinen BürgerInnen diese Information zur Verfügung stellen soll, stelle Ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Das Referat für Statistik wird beauftragt, statistische Daten zu den Wohnungs- und Gebäudebeständen in Graz laut Motivenbericht zu erheben und auf der Website der Stadt Graz allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Antrag

Betrifft: Aufwertung Rösselmühlpark

In der Vergangenheit hatte die KPÖ Graz bereits mehrere Initiativen unter dem Motto „Lebensqualität Gries“ eingebracht, welche sowohl im Grazer Gemeinderat als auch im Bezirksrat beschlossene wurden.

Der Ruf nach mehr Bäumen, Sitzgelegenheiten und vor allem nach zusätzlichen hellen Lichtquellen sollte dem für den Bezirk Gries wichtigen Rösselmühlpark ein neues, attraktives und familiengerechtes Bild verleihen.

Die gemeinsame Ideensuche (Abt. für Grünraum und Gewässer, Stadtbaudirektion, Bevölkerung von Gries und Grazer Polizei) für eine Aufwertung des Parks mündete in einem beispielhaften BürgerInnenbeteiligungsprojekt. Nach vielen Gesprächen mit ParkbesucherInnen, der Bezirksvertretung und der Grazer Polizei wurde ein Sanierungskonzept entwickelt, welches im Herbst 2017 umgesetzt hätte werden sollen. Doch das vorliegende Konzept wurde leider bis heute noch nicht realisiert.

Die beschlossenen Eckpunkte des Sanierungskonzeptes dazu:

Grünraum: Ein Teil des Asphalts soll mehr grüner Vegetation weichen; neue Bäume und Sträucher zur Rösselmühlgasse hin; Blumenwiese zur Dreihackengasse

Schotterwege: Sanierung der bestehenden Wege, Errichtung eines neuen Weges

Beleuchtung: drei neue Lampen

Zwei Sitz- und Spielsterne: Designelemente aus Barcelona

Zwei Hängematten: mit Blick zum Mühlgang zum Entspannen

Weiters: ein Trinkbrunnen, neue Bänke, erhöhtes Holzdeck auf der Brückenwaage zum Rasten

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz, die Abteilung für Grünraum und Gewässer sowie die Stadtbaudirektion werden höflichst ersucht, die bereits beschlossene Umgestaltung des Rösselmühlparks so rasch wie möglich zu starten und vor allem dem Wunsch der

Bevölkerung und der Grazer Polizei, den Park mit zusätzlichen hellen Lichtquellen auszustatten, nachzukommen.





KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobmann Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 18. Oktober 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Plabutschtunnel - Lüftung

Mit dem Bau und der Eröffnung des Plabusch隧nels im Jahr 1987 wurde der steigenden Verkehrsbelastung Rechnung getragen. Mit dem Bau der zweiten Tunnelröhre wurde der Plabuschtunnel 2004 mit rund 10 km zum längsten, mittlerweile zweitlängsten Doppelröhrentunnel Europas.

Die Variante durch den Plabusch wurde seinerzeit gewählt, weil mit den geplanten - und umgesetzten - Lüftungsanlagen sichergestellt werden sollte, dass die Abluft nicht in das Grazer Stadtgebiet ziehen kann. Um die Abluft über die Inversionsschicht zu führen, ist beim Südschacht ein etwa 210 Meter langer, in den Hang gebetteter, 35 Grad geneigter Abluftkanal gebaut worden. Die markantesten Schachtkopfbauten sind die 25 Meter über das umgebende Gelände ragenden Ablufttürme mit 6,7 m Durchmesser. Unmittelbar davor sind im Abluftkanal die Schalldämpfer situiert, um Lärmemissionen zu verhindern. In der Oströhre, also in der älteren Tunnelröhre, wurden fünf Lüftungsabschnitte errichtet, mit einer Leistung von je 340 kW und einem Volumenstrom von 193 m³/sec.

Es wurden also beim Bau des Tunnels und der Lüftungsanlagen keine Kosten und Mühen gescheut, um auch bei schlechten Witterungsverhältnissen die Schadstoffausbreitung gezielt steuern zu können. Ziel war, Schadstoffe aus dem Tunnel in höhere Luftschichten zu blasen, wo sie soweit verdünnt werden, dass „weder in der näheren noch weiteren Umgebung der Ablufttürme schädliche Abgaskonzentrationen zu erwarten sind.... Damit ist eine Verminderung der Schadstoffemissionen für das Grazer Becken gegeben“, heißt es in der Schrift „Der Plabuschtunnel - Entlastung einer Stadt, herausgegeben von der Landesbaudirektion im Juni 1987.

Die Oströhre erreichte im Laufe der Zeit mit über 23.000 Kfz pro Tag ihre Kapazitätsgrenze. Auch bei der Errichtung der zweiten Tunnelröhre wurden wiederum aufwändige Lüftungsanlagen eingebaut. In den Projektunterlagen wird dazu ausgeführt, dass „damit gewährleistet ist, dass keine Schadstoffe austreten und die Stadt Graz durch keine Abluft der Fahrzeuge aus dem Plabusch belastet wird“ (Plabuschtunnel - Europas längster 2-röhriger Straßentunnel mit Vollquerlüftung, Stmk. Landesregierung, Fachabteilung 18A, Jänner 2004).

Nach der Errichtung der Weströhre und der Totalsanierung der Oströhre waren beide Röhren des Plabutschunnels ab Ende 2004 befahrbar.

Ab diesem Zeitpunkt befand die ASFINAG, dass es nun möglich sei, die Vollquerlüftung durch die nunmehr vorhandene Selbstentlüftung abzuschalten. Als Grund für die Abschaltung wurden die Stromkosten genannt, die derzeit bei rund € 50.000, -- monatlich liegen. Bei einem ständigen Vollbetrieb der Lüftungsanlagen würden die Stromkosten wohl auf gut 2,5 Millionen Euro jährlich steigen. Dass aber selbst dieser Betrag noch verkraftbar wäre, zeigt der Jahresabschluss der ASFINAG für 2017: € 720.000.000, -- nach Steuern beträgt der Jahresüberschuss.

Die Abschaltung der Vollquerlüftung bringt mit sich, dass sämtliche Abgase, Feinstaub, NO_x, SO_x u. a. ungefiltert und zur Gänze bei den beiden Portalen ausströmen. Dass sich dadurch erhöhte Schadstoffwerte in diesen Bereichen ergeben, versteht sich wohl fast von selbst.

Für uns sollte es selbstverständlich sein, dass die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer Vorrang vor den finanziellen Einsparungswünschen der ASFINAG hat.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz tritt an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit dem Ersuchen heran, dafür zu sorgen, dass zumindest in Zeiten der (absehbaren) Überschreitung der zulässigen Schadstoffmengen in der Grazer Luft die installierte Lüftung im Plabutschunnel in Betrieb genommen wird, sofern nicht überhaupt im Sinne des Umweltschutzes und der Gesundheit der Grazer Bevölkerung ein Dauerbetrieb geboten ist.